

Freiberger Anzeiger

und
Tageblatt.

Amtsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsamter u. der Stadträthe zu Freiberg, Sayda u. Brand.

№ 163.

Erscheint jeden Wochentag früh 9 U.
Inserate werden bis Nachm. 3 Uhr
für die nächste Nr. angenommen.

Montag, den 17. Juli

Preis vierteljährl. 20 Ngr. Inserate
werden die gespaltene Zeile oder deren
Raum mit 5 Pf. berechnet.

1865.

Tagesgeschichte.

Berlin, 14. Juli. Die „Provinzial-Correspondenz“ schreibt über die nächste Aufgabe der Regierung Folgendes: „Um dem Gefahren des parlamentarischen Unwesens vorzubeugen, wird vornehmlich Eines unbedingt verhindert werden müssen: die Regierung kann und darf nicht dulden, daß sich Sessionen, wie die letzte, wiederholen. Die jährliche Berufung des Landtags darf von dem Abgeordnetenhaus in Zukunft nicht mehr dazu gemißbraucht werden, mit Beiseiteetzung der verfassungsmäßigen Aufgaben ganz andere Ziele und Zwecke, von welchen die Verfassung nichts weiß, vor Allem die Untergrabung des königlichen Regiments zu verfolgen. Solchem Mißbrauch zu steuern und den daraus erwachsenden Gefahren vorzubeugen, ist gewiß der ernste und entschiedene Wille der Regierung: die Mittel und Wege dazu sind vermuthlich in den Verathungen, welche dem Schlusse des Landtages folgten, allseitig festgestellt worden.“ — Die „Prov.-Corr.“ führt weiter aus, daß die Regierung an eine Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht denke, weil eine durchgreifende Aenderung davon doch nicht zu erwarten stehe, und diese Maßregel nur eine Erregung des Volksgeistes begünstigen würde. Sie sagt dann: „Die nächste Aufgabe der Regierung bleibt vielmehr, durch ihre Thaten die Kraft des Parteitreibens zu überwinden, und im Volke das volle Bewußtsein wieder zu beleben, daß in Preußen der König regiert und zum Heil des Landes regiert.“

Wien Der junge Kober, dessen 3jährige schwere Kerkerstrafe von Sr. Majestät in eine halbjährige Haft gemildert wurde, ist, dem „Marob“ zufolge, am 14. d. M. seinen Aeltern zurückgegeben worden.

Wesb, 11. Juli. Baron Eötvös sagte in der heutigen Nummer seines Wochenblattes: „Nach unserer Ueberzeugung wird die constitutionelle Freiheit durch Alles, was sie in der einen Hälfte der Monarchie wahrhaft kräftigt, in der ganzen Monarchie gesichert. Das Verhältniß zwischen unserem Vaterlande und der anderen Hälfte der Monarchie gleicht zwei Bäumen, welche nahe bei einander stehen. Wir finden den Wunsch natürlich, daß die Aeste dieser Bäume sich einander nähern sollen, damit der Schatten, welchen wir unter ihnen suchen, um so größer und sicherer sei. Dieses Ziel werden wir jedoch bloß dann erreichen, wenn wir die Bäume in ihrer Stellung nicht stören, sondern jedem derselben gestatten, sich frei zu entwickeln. So werden die Aeste der beiden Bäume sich einander immer mehr nähern, endlich einander berühren, ja mit einander verwachsen. Reißt ihr aber den einen aus seiner Stelle, um ihn näher zum andern wieder einzusetzen, und ist euere Kraft hierzu genügend, so werdet ihr bloß das erreichen, daß er verdorrt.“

Vom Main, 13. Juli. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung sind mehrere Ausschussvorträge erstattet worden, darunter ein Vortrag des Militärausschusses bezüglich der Liquidation der Kosten der seiner Zeit nach Holstein und Lauenburg entsendeten Bundesexekution. Es wird sich zunächst um die Feststellung der Grundsätze, nach welchen die Liquidation zu regeln sein würde, handeln, namentlich um die Entscheidung der Frage, von welchem Termine an und bis zu welchem Termine die von der Gesamtheit des Bundes zu tragenden Kosten der Expedition zu berechnen wären.

Paris, 14. Juli. Wie die „Patrie“ meldet, haben Frankreich und England an sämtliche Seemächte Einladungen ergehen lassen, sich durch Absendung von Kriegsschiffen an dem Flottenfeste der Westmächte zu betheiligen. — Mehrere Journale sagen, daß die

neue Anleihe der Stadt Paris der Gesellschaft des Credit-Mobilier zugewiesen sei. — Die „Patrie“ bestätigt die Nachricht, daß der Kaiser Napoleon im August eine Zusammenkunft mit der Königin von Spanien haben wird.

— Die französische Presse beschäftigt sich ziemlich ernsthaft mit den Möglichkeiten kriegerischer Verwickelungen zwischen den beiden deutschen Großstaaten. Man ist dort nämlich überzeugt, daß, je freier Oesterreich sich Italien gegenüber fühlt, es um so besser wird Front gegen Preußen machen können; und sei nur erst das Gefühl größerer Freiheit in den Bewegungen vorhanden, dann werde von selbst die Lust zu categorischem Auftreten kommen.

Sachsen.

† **Dresden, 15. Juli.** Die gestrige Volksversammlung war etwas stürmischer Natur, weil es einen Kampf der Lassalleaner gegen die National-Vereinler galt, wozu sich die Lassalleaner in überwiegender Mehrheit eingefunden hatten. Die Versammlung selbst wurde vom Professor Wigard mit einigen einleitenden Worten eröffnet, worin er schließlich zur Wahl eines Vorsitzenden mittelst Acclamation aufforderte. Die Rufe „Försterling“, „Wigard“ machten die Abstimmung nöthig, deren Resultat in der Wahl Försterlings bestand, welcher aus seiner Partei den Stellvertreter Richter noch erhielt. Herr Knöfel hatte das Referat über den ersten Gegenstand der Tagesordnung übernommen, und zwar über folgende Beschlüsse der Dresdner Handels- und Gewerbekammer:

1. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Grund der Entlassung oder des Austritts aus der Arbeit, insoweit sich derselbe nicht auf die Qualifikation zu einem speciellen Gewerbe oder einer besonderen Arbeit bezieht, im Arbeitsbuche zugleich mit der Austrittsbescheinigung zu bemerken.

2. Während der Dauer der Arbeitszeit ist der Arbeitgeber verpflichtet, das Arbeitsbuch seines Arbeiters in Aufbewahrung zu nehmen.

Der Redner ging davon aus, daß, wie auf religiösem und politischem, ebenso auf gewerblichem Gebiete die reformatorischen Ideen der Gegenwart immermehr Platz griffen und mittelalterliche Anschauungen und Gebräuche zurückdrängten. Das neue Gewerbegesetz, welches Arbeiter und Arbeitgeber gleichstelle, sei ein Product dieses Fortschritts der Zeit. Es basire auf der Gerechtigkeit und der Anerkennung der Menschenrechte des Arbeiters. Was aber die obigen Beschlüsse anlange, so würden dieselben, falls sie durchgeführt würden, einen neuen Druck auf die Arbeiter ausüben und deren Mißtrauen erwecken. Man müsse den ersten Schritt zur Rückkehr nach veralteten Einrichtungen bekämpfen und deshalb schlage er folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die heutige Volksversammlung spricht aus, daß die Absicht der Handels- und Gewerbekammer in Dresden und Zittau, die Arbeitsbücher den Arbeitgebern zur Aufbewahrung zu überlassen und beziehentlich den Grund des Abgangs des Arbeiters im Arbeitsbuche zu vermerken, dem Geiste des Gewerbegesetzes, ebenso wie der Gleichberechtigung widerspricht und ungelässig ist.“

Arbeiter Richter nimmt hierauf das Wort, um die Arbeiter vor Beschlüssen zu warnen, die ihnen vom National-Verein vorge schlagen würden. Der National-Verein möge ja sonst nichts von den Arbeitern wissen; Schulze-Dehlich habe es in Leipzig ausgesprochen, daß die Arbeiter nicht wirkliche Mitglieder sein dürften und den Schwanz des Vereins wollten sie nicht bilden. Ein Leipziger Redner habe einmal geäußert: „zum Barrikadenbau brauchen wir die Arbeiter immer“, er aber entgegne, daß die Arbeiter sich hüten würden, für den National-Verein die Kastanien aus dem